Scranton Wochenblatt

Wochenblatt Publishing Co., limited,
Herausgeber.
☞ Briefe sind zu adressiren:
FRED. WAGNER,
Lock Box 119, Scranton, Pa.

OFFICE. 427 Lackawanna Avenue

Scranton, den 23. Sept. 1880.

Demokratisches National-Ticket:

Für Präsident:
Winfield S. Hancock
von Pennsylvanien.

Für Vice-Präsident:
William H. English
von Indiana.

Demokratisches Staats-Ticket:

Für Richter der Supreme Court:
George A. Jenks
von Jefferson County.

Für General-Auditor:
Robert P. Dechert
von Philadelphia.

Für Congreß — 12. Distrikt:
D. W. Connolly.

Ueber die Wahl in Maine

liegen noch immer keine genaueren Berichte vor. Wie vorige Woche angedeutet, ist die beiderseitige Stimmenzahl so gleich, daß erst die offizielle Zählung das Resultat entscheiden kann. Da aber die Berichte nicht vor dem Zusammentritt der Gesetzgebung im Januar geöffnet werden, so haben die Muthmaßungen freien Spielraum.

An der Wahl des Gouvernörs-Candidaten Plaisted ist nicht zu zweifeln, auch scheinen die Demokraten gegen des Vorjahr einen Congreßrepräsentanten gewonnen zu haben.

Daß das Ergebniß der Wahl in Maine eine republikanische Niederlage ist, bestreitet Niemand und dies wird bestätigt durch die Verheimlichung und Fälschung der Berichte von Seiten der Republikaner, weil sie dadurch die demoralisirende Wirkung auf andere Landestheile zu schwächen suchen. Die geflügelten Worte von Blaine: „daß ein republikanischer Sieg mit einer geringeren Mehrheit als 5,000 immerhin eine Niederlage sei", sind das vollste Eingeständniß eines demokratischen Triumphes, denn wenn der republikanische Gouvernörs-Candidat überhaupt erwählt wäre, so könnte dies nur durch eine Pluralität, aber nicht durch eine Majorität geschehen sein.

Wenn man bedenkt, daß der Wahlkampf in Maine von dem gewandtesten republikanischen Politiker, J. G. Blaine, geleitet, daß die ganze Regierungsmaschinerie und ungeheure Geldsummen in die Wagschale geworfen wurden, um die Republikaner zum Siege zu führen, und daß sie trotzdem keine Majorität erlangen konnten, so muß das Resultat all dieser Anstrengungen ein winziges genannt werden.

Wir wiederholen daher: „Maine läßt Euch grüßen," — wenn die Demokraten ihre Pflicht thun, so ist an der glänzenden Erwählung unseres Bannerträgers nicht zu zweifeln!

Connolly nominirt.

Die demokratischen Conferenten von Lackawanna und Luzerne County haben sich endlich auf Herrn D. W. Connolly als Candidat für Congreß im 12. Distrikt geeinigt und wir gratuliren der Partei zu dieser glücklichen Nomination. Herr Connolly geht in den Wahlstreit mit reinen Händen, da er eine völlig unantastbare Vergangenheit hinter sich hat. Der Politik hat er bisher verhältnißmäßig fern gestanden. In seiner Praxis als Advokat hat er sich eine Stellung zu erringen gewußt, welche die Bewunderung seiner Freunde und die Achtung seiner Gegner erregt. Sein Redner-Talent und seine schlagfertigen Argumente sind Allen bekannt.

Unsere Stadt, Scranton, hat jedoch noch spezielles Interesse, Alles beizutragen, daß gerade Connolly und nicht sein republikanischer Gegen-Candidat erwählt wird. Alle Zweige der Bundes-Regierung werden sich, allen Berechnungen nach, nach dem nächsten 4. März in den Händen der demokratischen Partei befinden; daß daher ein Mitglied der demokratischen Partei mehr Einfluß im Congreß zur Geltung bringen kann, als ein republikanisches, ist demnach eine sichere Thatsache. Der Fortschritt Scrantons, seine centrale Lage und andere Vortheile, welche es vor allen Landstädten des Staates hat, können von der Bundesregierung verlangen, daß ein Bundesdistrikt für Ost-Pennsylvanien mit Scranton als Sitz creirt wird. Um dieses zu erringen, sollte unbedingt ein Mitglied in den Congreß erwählt werden, welches bei der Mehrheit des Hauses ein williges Ohr findet, — und dieses kann nur ein Demokrat sein. Es ist daher für Scranton nothwendig, daß Connolly und nicht sein republikanischer Gegner erwählt wird.

Der Rebellen-General Longstreet und der Unions-General Hancock standen sich in zehn Schlachten gegenüber. Longstreet wurde von den Republikanern zum Gesandten bei der Pforte gemacht, mit einem Gehalte von $7000, und Hancock, einer der besten und tapfersten Männer, welche jemals ihr Schwerdt für den Erfolg der „Union" gezogen, wird von Männern wie Blaine u.a.m., niemals Pulver gerochen, ein „Verräther" geschimpft, weil er von den Demokraten zum Präsidentschafts-Can-

Man sagt, Grant habe die ihm angetragene Präsidentschaft einer westlichen Minengesellschaft deshalb nicht angenommen, weil ihm unter Garfield eine Stelle im Cabinet angeboten worden sei. (Das hieße den Pelz verhandeln, ehe man den Fuchs hat.) Diese Nachricht scheint ihre weitere Bestätigung in dem Gerücht zu finden, daß Grant sich entschlossen habe, für Garfield auf den „Stump" zu gehen, trotzdem er nicht eine Spur von Rednertalent besitzt. Man darf diese Ankündigung ja auch nicht wörtlich nehmen und muß sich die Thätigkeit „des großen Schweigers" etwa so vorstellen, daß er auf der Rednerplatform hübsch ruhig stehen bleibt und bei gewissen Stichwörtern der ihm beigegebenen Redner, etwa wie ein abgerichteter Elephant, mit dem Kopfe nickt, oder sich auch zu einem Hurrahruf versteigt. Den Effekt erhöhen würde es noch, wenn man ihm einen blutigen Lappen in die Hand gäbe, den er von Zeit zu Zeit schwenken müßte.

In Wilkesbarre sind 178 schwarze Stimmgeber — sämmtlich fernfeste, intelligente Republikaner.—(Scranton Wochenblatt.)

In Scranton dagegen giebt's etwa 17,800 Irländer, sämmtlich knotige, biedere Demokraten, von denen noch niemals einer seine Stimme unter 50 Cents verkauft hat.—(Deutsch-Am. Volksfreund.)

Dies mag der Preis gewesen sein, den die Republikaner bisher für eine Stimme bezahlt haben. Dieses Jahr aber ist der Artikel etwas im Preise gestiegen — die Herren Republikaner werden sich schon bequemen müssen, fünf bis zehn Dollars per Stimme zu zahlen, und es ist sehr fraglich, ob sie zu diesem Preise genug aufkaufen können, um eine halbwegs anständige Majorität herauszuschlagen. Vielleicht auch finden sie es, wie in 1876, billiger, das Votum ganzer Staaten durch die Returningboards anzukaufen.

General Franz Siegel ist nach Indiana abgereist, um auf Einladung des dortigen demokratischen Staatsausschusses sich an der Wahlagitation daselbst zu betheiligen.

Eine blutdürstige Rede hielt Galusha A. Grow letzte Woche vor einer republikanischen Versammlung in Titusville, Pa. Er sagte u. A.: „Sollte es nothwendig werden, zum Schutz der Rechte der Bürger am Stimmkasten so viele Demokraten wie im Bürgerkriege zu erschlagen, so wollen wir sie abschlachten."

Gut gebrüllt, Löwe! Jedoch die Brühe, die gut für die Gans ist, ist auch gut für den Gänserich! Wenn wir uns die Frage erlauben dürften, Herr Grow: „Im Falle die Demokraten 1876 so gehandelt und alle Republikaner erschlagen hätten, die zufrieden damit waren, nahe an 300,000 Stimmen und damit die Präsidentschaft zu stehlen, wären Sie vielleicht heute noch am Leben, um solchen Blödsinn zu schwatzen?" Es nimmt uns nur Wunder, daß ein gebildetes Publikum solch' einen wahnsinnigen Esel überhaupt anhören kann. Es muß sehr schlimm um die republikanische Moral in Pennsylvanien stehen, wenn sie schon jetzt anfangen: „Haltet den Dieb" zu schreien.

Zu Bridgeport in Connecticut haben General Noble, Col. B. Lockwood, Col. Sam. Sämmer, Col. Fitzgibbons und viele andere Veteranen des Bürgerkrieges, bisher Republikaner, einen Hancock Club organisirt. Der Club umfaßt mehrere Hunderte von Soldaten und Matrosen, die activen Dienst leisteten.

Ex-Governor Gustav Körner von Illinois, ehemaliger Ver. St. Gesandter in Spanien unter Präsident Lincoln, schreibt über den Wahlkampf in Illinois an einen Freund in Philadelphia: „Wir machen große Anstrengungen für Hancock in unserem Staate. Das südliche Illinois ist uns gewiß; wir gewinnen jedenfalls noch ein Congreßmitglied. Unsere Versammlungen sind, einfach gesagt, immens und das Prairiefeuer des Südens hat bereits in das Centrum des Staates hinübergegriffen. Ich denke, wir „packen" es diesmal."

In Illinois kämpfen außerdem die vertrautesten und hervorragendsten Freunde Lincoln's für Hancock und die demokratische Partei. Es sind Senator David Davis, General Palmer (früher Gouverneur) und Ex-Senator Trumbull.

Wie sollen wir stimmen?

W. S. Groesbeck über die Nothwendigkeit eines Wechsels der Parteien.

In einer am Freitag in Clifton Hall in Cincinnati abgehaltenen Massenversammlung hielt der Achtb. W. S. Groesbeck folgende mit großem Beifall aufgenommene Kampagne-Rede:

„Mitbürger! Wie sollen wir in der bevorstehenden Präsidentenwahl stimmen? — Ehe ich diese Frage beantworte, erlauben Sie mir ein Wort über Parteien zu sagen. Bei allen civilisirten Nationen, bei denen politische Freiheit dem Volke erlaubt ist, werden Sie zwei leitende Gewalten in beständiger Bewegung finden; eine, welche die Centralisation, die andere, die den Individualismus repräsentirt. Wir haben diese beiden Gewalten auch in unserer Regierung; wir werden sie jederzeit haben, und da dem einmal so ist, ist es von der größten Bedeutsamkeit, daß beide in gesundem Zustande erhalten werden. Wenn irgend eine derselben überwältigt wird oder ihre Lebenskraft verliert, dann wird die andere, die in der Ausübung der Gewalt unbehindert ist und darin nicht unterbrochen wird, sicher despotisch oder korrupt werden. Das kann verhütet werden, indem man zwischen denselben die Administration wechselt, und dieser Wechsel sollte stattfinden, wenn immer eine Partei zu lange in der Macht bleibt, ihren Konservatismus verliert und gefährlich wird. Ich habe ebensowenig Vertrauen auf eine permanente Partei-Ueberlegenheit, als ich in eine permanente Präsidentschaft setze. Ich muß glauben, daß es keinen denkenden, aufrichtigen Bürger gibt, der mit dem, was ich soeben sagte, nicht übereinstimmt. Ich muß [illegible] daß es keinen wahren, gu[illegible] Demokraten gibt, der nicht zugesteht, daß es unklug und unsicher sein würde, unser Exekutiv-Departement permanent und fortwährend der demokratischen Partei anzuvertrauen. Ich muß glauben, daß es keinen guten Republikaner gibt, der nicht zugibt, daß es gleichermaßen unklug und unsicher wäre, sie permanent und fortwährend der republikanischen Partei anzuvertrauen. Keine Partei sollte auf unbestimmte Zeit mit der kontrollirenden Gewalt einer großen Regierung betraut werden. Dies bringt mich zur der Frage: „Wie sollen wir in der bevorstehenden Präsidentenwahl stimmen? Ist die Zeit gekommen, in der es wohlgethan sein würde, die Administration zu wechseln, und kann es mit Sicherheit und Vortheil gethan werden?"

Wir haben die Lage klar vor uns. Dokumente, Briefe, Nachweise aller Art stehen uns zu Gebote. Der Lebenslauf beider Kandidaten und ihre Charakter-Eigenschaften sind uns bekannt. Was ist, abgesehen von den Parteien, von den Männern zu sagen? Garfield hat seiner Partei mit großer Treue gedient, Hancock diente seinem Vaterlande mit großer Treue." (Der Redner ging hier weiter auf die charakteristischen Unterschiede der beiden Kandidaten ein und schilderte Garfield als den gewandten zungenfertigen Politiker, Hancock als den Mann, auf dessen persönliche Ehrenhaftigkeit man bauen könne und der seine politische Einsicht durch mannigfache Aeußerungen dargethan habe.)

„Wer immer auch erwählt werden mag, ob Garfield oder Hancock, wird ein Kabinet zur Berathung haben, und die beste Qualifikation für einen Präsidenten ist Weisheit und Festigkeit, um richtig zu entscheiden, wenn Fragen ihm zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Viel technische Kenntnisse und untergeordnete exekutive Fähigkeiten sind nicht so wünschenswerth für einen Präsidenten als etwas weniger Kenntniß und größere exekutive Fähigkeiten. General Jackson, obgleich er in der Politik nicht halb so gelehrt war, war doch ein ebenso guter Präsident wie die beiden Adams.

Garfield und Hancock sind beide gebildete Männer, der eine hat Universitätsbildung genossen, der Andere hat Westpoint absolvirt, aber Garfield ist Politiker geworden, während Hancock ein Patriot blieb, der sein politisches Glaubensbekenntniß aus der Konstitution der Ver. Staaten schöpfte.

Und nun zu den Parteien, ihrer Politik und ihrer Neigungen! Ist die Zeit gekommen, wo ein Wechsel der Administration nothwendig wird? — Sollen wir die neuesten Amendements zur Konstitution umstoßen? Gewiß nicht! — Sollen wir niederreißen, was bisher aufgebaut wurde? Nein! unser Ziel ist zu erhalten, nicht zu zerstören. Sollten wir unser gegenwärtiges Geldsystem ändern? Innerhalb beider Parteien herrschte darüber große Meinungsverschiedenheit, endlich scheinen sie beide auf demselben Standpunkt angelangt zu sein, sie sprechen sich nämlich zu Gunsten von Hartgeld und Papier, das in Münze umgetauscht werden kann, aus.

Sollen wir den Tarif ändern? Gewiß! Sollen wir ihn ganz aufheben? Nein! Es wird eine glückliche Zeit sein, wenn alle Völker den Freihandel adoptiren können, aber ich habe wenig Hoffnung, daß diese Generation einen solchen Zustand der Dinge erleben wird. Wir sind noch schwer verschuldet und um die Zinsen dieser Schuld und die Staatsausgaben zu decken, bedürfen wir des Tarifs noch jetzt als eine Einnahmequelle. Begünstigungen Einzelner, wie sie durch die Konstitution verboten ist, zu vermeiden, fordern wir einen Tarif zur Deckung der laufenden Ausgaben. Das ist nicht die Politik der Republikaner, aber die Unterrichtetsten derselben stimmen mit uns darin überein.—Sollen wir den Civildienst reformiren? — Wie der Militär- und Flottendienst unabhängig gemacht worden ist von politischen Wechseln, so hat sich auch die Nothwendigkeit eines derartigen Arrangements für den niederen Civildienst ergeben und diese Reform muß und wird mit einem Wechsel der Parteien durchgesetzt werden.

Aber man spricht von den Gefahren, welche mit einem Wechsel verbunden sind: Die Ansprüche der Rebellen würden bezahlt werden! Wer läßt sich durch solche Alarmnachrichten beunruhigen? Die Konstitution verbietet derartige Ausgaben. Jede Partei, welche derartige Ansprüche bezahlen wollte, würde Selbstmord begehen. Aber man sagt, die Amendements zur Konstitution seien nicht sicher; ich sage, in der ganzen Konstitution ist kein Artikel, der nicht ebenso unantastbar ist, wie diese Zusätze. Die Befürchtung, man werde den Rebellen-Invaliden Pensionen bezahlen, ist so absurd, daß sie keiner ernstlichen Erwägung bedarf, und was bietet sich sonst noch, das einen Wechsel als gefährlich erscheinen ließe? — Nichts, absolut Nichts.

Es frägt sich jetzt, warum sollen wir wechseln? — Die republikanische Partei ist seit zwanzig Jahren am Ruder, und diese zwanzig Jahre waren voll der wichtigsten Ereignisse und Erscheinungen im politischen Leben. Sprechen wir zunächst von der „Greenback" Politik. Wo kam der „Lumpenbalg" her? Wer hat ihm das Leben gegeben, wer ist verantwortlich dafür? Die republikanische Partei! Wer hat ihn aufgepäppelt und genährt? Die republikanische Partei! Eines Tages, nachdem der Krieg vorüber war und Frieden herrschte, war das kleine Ungethüm in das Ober-Bundesgericht gebracht worden, damit die Richter ihm als einem Bastard den Garaus machten. Wer eilte zu Hülfe und reorganisirte das Gericht, zur ewigen Schande unserer Rechtspflege, nur zu dem bestimmten Zwecke, dieses Kind zu retten? Die republikanische Partei! Und wer wird für immer für das „Ragbaby" verantwortlich bleiben? Die republikanische Partei! — Die Resumption, deren sie sich rühmt, ist durch günstige wirthschaftliche Verhältnisse herbeigeführt worden, sie ist unvollständig und unsicher, und die Gefahr einer Inflation ist nicht abgewendet.

Wie hat sich die Partei in andern Dingen benommen? Wie hat sie mit den öffentlichen Ländereien gewirthschaftet? Seit 1861 sind 20 Millionen Acker Land an Private, an Korporationen verschenkt worden, ein Territorium, größer als New York, Pennsylvanien, New Jersey, Indiana, Ohio und Kentucky zusammengenommen, größer wie das ganze deutsche Reich, größer wie England und Irland zusammengenommen. Wem gehörte das Land? Dem amerikanischen Volke, jeder Bürger hatte Theil daran. Wem wurde es gegeben? Einzelnen Individuen, die sich zu Korporationen vereinigten, und außerdem wurden diesen Korporationen noch $390,000,000 geborgt, die, seitdem die Priorität der Ansprüche des Staats aufgegeben wurde, als verloren zu betrachten sind. — — Wie stehen nun unsere öffentlichen Ausgaben? Die Staats-Ausgaben der letzten 19 Jahre, excl. der bezahlten Zinsen, belaufen sich auf 5800 Millionen Dollars, in den siebenzig vorhergehenden Jahren betrugen sie zusammen 1600 Millionen. (Redner geht auf diesen Vergleich in Bezug auf das Indianer-Departement ꝛc. näher ein und fährt dann fort:)

Ich habe die Stellung der demokratischen Partei in Bezug auf die Geldfrage, den Tarif und die Civildienstreform definirt. Das sind augenblicklich unsere wichtigsten Fragen und sie sollten erledigt werden. Wir haben zu viel Kampagne „issues". Es wäre nicht weise, daß jede Partei „Nein!" sagen sollte, weil die andere „Ja!" sagt und es ist kindisch, mit jeder Frage Fangball zu spielen. Aber es giebt namentlich politische Fragen, welche niemals vollständig erledigt werden können. Sie entspringen den centrifugalen und centripetalen Bestrebungen in der Politik. Im Zustand des Gleichgewichts sind beide Kräfte nothwendig und nützlich. Wenn irgend eine dieser Kräfte überwiegt, entsteht Gefahr. Alle Bestrebungen der Völker, ihre Lage zu verbessern, sind naturgemäß der Centralisation entgegengesetzt, unsere eigene Geschichte und die Ereignisse in Europa beweisen es. Wir schufen, nachdem die Befreiung vollendet war, eine Union von 13 Staaten, aber die Furcht vor einer „starken" Regierung machte das diese Union umschließende Band so schwach wie möglich, ja gerade zu schwach. Aus dieser Erkenntniß ging die gegenwärtige Union hervor. Wir lebten glücklich unter eifersüchtiger Aufrechterhaltung der Staatengerechte, bis der unglückselige Bürgerkrieg ausbrach und jetzt die Gelegenheit für die Partei der Centralisation sich bot, ungestört in Washington ihre Macht zu entfalten. Nach zwanzigjähriger Herrschaft der republikanischen Partei steht die Regierung stärker und absoluter vor uns, wie je zuvor, während die Macht der Staaten immer unbedeutender geworden ist. Vor zwanzig Jahren hörten wir nicht viel von der Bundesregierung, jetzt dehnt sie ihren Einfluß nach allen Richtungen aus. Ihrem Streben nach Centralisation, wie es repräsentirt wird durch die republikanische Partei, muß Alles weichen. Die republikanische Partei hat den ersten Versuch gemacht, einen Präsidenten (Johnson) aus dem Amte zu treiben, weil er ihren Centralisationsgelüsten im Wege stand, und sie hat zuerst es unternommen, einen rechtmäßig erwählten Präsidenten seines Sitzes zu berauben. Und jetzt haben wir als Kandidaten dieser Partei einen Mann vor uns, der einer der ersten Helfershelfer bei diesem desperaten Gewaltstreiche war.

Wie hat die Partei das Volk behandelt? Nach der Constitution soll jeder Staat die näheren Anordnungen für die Wahlen treffen, aber der Congreß kann unter gewissen Umständen diese Anordnungen ändern. Achtzig Jahre lang hat der Congreß nichts in der Sache gethan und überließ diese Angelegenheit den Staaten. Wir haben uns wohl dabei befunden und keine Partei hat den Versuch gemacht, diese Praxis zu ändern. Aber im Jahre 1870 erfaßte die republikanische Partei in ihrem Streben nach Centralisation auch diese Gelegenheit und riß mit der unverschämtesten Rücksichtslosigkeit dieses den Staaten gewährte Privilegium an sich. Bisher hatte man alle unnöthige Paradirung von Gewalt an den Stimmplätzen vermieden. Der Bund aber scheint nach entgegengesetzten Maximen zu handeln. Man will Truppen an den Stimmplätzen haben, denn Präsident Hayes hat erst kürzlich ein Gesetz vetirt, welches diese Politik ändern sollte. Man will Bundesmarschälle an den Stimmplätzen haben, die alle der herrschenden Partei angehören, denn der Präsident hat ein Gesetz vetirt, welches beiden Parteien eine Repräsentation sichern sollte. Diese Politik ist zu verschiedenen Malen angewendet worden, und wenn nicht ein Wechsel eintritt, wird sie mehr und mehr zur Anwendung kommen.

Noch eins. Es scheint mir als würden viele gute Republikaner das Verlangen nach einem Wechsel der Parteien unterstützen, wenn sie nicht Befürchtungen in Betreff des Südens hegten. Warum? War nicht die Unterwerfung des Südens eine vollständige, sind nicht alle Bedingungen jener Unterwerfung erfüllt worden? Aber das Volk des Südens ist stolz! Wollt ihr es vor Euch auf den Knieen liegen sehen? Sie sind tapfer, wollt ihr, daß sie Feiglinge werden? Sind sie nicht Kinder derselben Vorfahren und mit Euch so zu sagen unter demselben Dache geboren? Ihre Vorfahren und die unsrigen haben vereinigt ihre Unabhängigkeit erklärt und vereint dafür gefochten. Wir sind groß und mächtig geworden und wir verdanken es auch ihrer Arbeit.

Zwei Wege können wir jetzt einschlagen, den der Entfremdung und der Verbrüderung. Der eine führt zu Streit und Anfeindung, zu ewigen und wachsenden Gefahren, der andere zu Einigkeit und Prosperität. Garfield repräsentirt die Politik der Entfremdung, Hancock die der Verbrüderung. Hancock hat mehr wie Garfield gethan, die Rebellion zu unterdrücken, er kann auch mehr thun, ihre Wunden zu heilen.

Schuld und Sühne.

Die Schmach der Einsetzung eines Präsidenten, der vom Volke nicht gewählt war, eine Schmach, die das amerikanische Volk vor vier Jahren über sich ergehen ließ, ist noch nicht gesühnt. Als der erste und einzige Fall der übermenschlichen Langmuth einer großen Nation, die in ihrer unzweifelhaften Mehrheit ihren Willen deutlich ausgesprochen hatte, sollte die Einführung Rutherford B. Hayes' in das Weiße Haus auf die Nachwelt kommen, und das Urtheil der unparteiischen Geschichte würde lauten: „Wohl, die Mehrheit des amerikanischen Volkes konnte Langmuth üben gegen einen offenen Eingriff in ihr Grundgesetz, sie konnte selbst zu den betrügerischen Mitteln, die von der um ihre Erhaltung kämpfenden Partei zu diesem Zwecke angewendet wurden, stillschweigen, und den Erfolg der durch Ränke, Betrug und Constitutionsbruch ihr aufgedrungenen Regierung abwarten. Eine große Nation kann warten, sie kann auf Zeit selbst offenes Unrecht über sich ergehen lassen, denn sie weiß, sie hat das unfehlbare Heilmittel gegen dieses in ihrer Hand, in der neuen nach vier Jahren vorzunehmenden Wahl — und was sind vier Jahre in dem Leben einer großen Nation?" Dies waren unzweifelhaft auch die Erwägungen, welche Samuel J. Tilden bewogen, von dem ihm durch die Mehrheit der Volksstimmen zugefallenen Rechte auf den Eintritt in das höchste Nationalamt stillschweigend zurückzutreten und es geschehen zu lassen, daß unter Aufführung einer „constitutionellen" Farce der ihm unterlegene Gegner in die ihm gebührende Stelle eingesetzt wurde. Alles das sind Thatsachen, welche der Vergangenheit angehören und mit dieser besser begraben werden, so daß das Interregnum der rechtswidrigen Verwaltung Rutherford B. Hayes' nur als warnender Denkstein in der Geschichte der Union übrig bleibt. Aber was nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und der nächsten Zukunft angehört, das ist die Frage: Wer der Nachfolger des ersten durch Betrug eingesetzten Präsidenten der Ver. Staaten sein werde? Die Frage, ob das amerikanische Volk die sich für die Schmach des Jahres 1876 vorbehaltene Sühne im Jahre 1880 vollziehen werde? Hätte die republikanische Partei dem Volke zu dieser Sühne die Hand geboten, hätte sie ihm für die Wahl dieses Jahres einen Mann vorgeschlagen, der völlig rein dastand von aller Mitschuld an der Schmach von 1876, so könnte das Volk über diese den Schleier der Vergessenheit fallen lassen und über den ihm Vorgeschlagenen nach dessen eigenem persönlichen Verdienst oder Unverdienst richten. Aber nach Rutherford B. Hayes, dessen Schuld auch darin besteht, daß er sich den Präsidentschaftsdiebstahl zu seinem Vortheil gefallen ließ, dem Volke einen James A. Garfield zu präsentiren, einen Haupttheilnehmer an der betrügerischen Verdrehung der Volkswahl mehrerer Staaten und an den unconstitutionellen Maßregeln eines theils verblendeten, theils corrupten Congresses, das heißt nicht nur die Schmach von 1876 erneuern, sondern ihr noch Spott und Hohn hinzufügen! und wir sind versucht, es für undenkbar zu erklären, daß sich die Mehrheit des amerikanischen Volkes solchen Spott und Hohn ungeächt werde bitten lassen und ohne dafür bei der großen nahen Abrechnung mit dieser verrätherischen Partei nicht nur diesen ihrer würdigen Candidaten mit Donnerstimme zu verwerfen, sondern auch sie selbst für alle Zeiten zu zertrümmern und ihr alle die schmachvollen Erinnerungen in das Grab der Vergangenheit und des Vergessens nachzuwerfen. Hat sie Besseres verdient, indem sie auf dem großen Nationalrathe ihrer Vertreter unter all' den hervorragenden Männern ihrer Mitte keinen würdigeren Repräsentanten ihrer Grundsätze und ihrer Zwecke finden konnte, als den unter der Last der Sünden seiner öffentlichen Laufbahn, die gegen ihn als Zeugen aufstehen, erlieganden Garfield? Wahrlich, mit seiner Nomination hat die republikanische Partei sich selbst ihr Todesurtheil gesprochen und der Ausspruch der unparteiischen Zukunft über ihrem Grabe wird lauten:

Versunken und vergessen.
Das ist des Volkes Fluch!

Die Erben Islam's.

Von den beiden gewaltigsten Mächten Osteuropa's im siebzehnten Jahrhundert, der Türkei und Polen, hat das neunzehnte Jahrhundert den Namen Polens als einer Nation ausgelöscht, während es der Türkei die Stellung eines Reiches angewiesen hat, welches nur noch mühselig durch die Eifersucht der europäischen Mächte in seinen Fugen zusammengehalten wird. Die Geschichte des Niederganges beider Länder ähnelt sich in seltsamer Weise. Beide Staaten sind durch ein kurzsichtiges und fanatisches Festhalten an veralteten Einrichtungen und Gebräuchen, einer hochmüthigen Mißachtung aller Künste und Wissenschaften, alles Handels und aller Industrie, einer grausamen Unduldsamkeit gegen Alles, was jenseits des engen Zirkels ihrer Denkweise lag, zu Grunde gegangen. Beide haben sich eine Zeit lang scheinbar erholt, jedoch nur um desto tiefer zu sinken, und damit kein Punkt der Parallele fehle, beide sind durch dieselben Hände, nämlich durch diejenigen von Oesterreich und Rußland, getheilt worden. Die Räuber fangen nun an ihrerseits zu streiten, und von dem Ausgang dieses Streites hängt die Lösung der orientalischen Frage ab.

Die Idee, Oesterreich zu einem Bollwerk gegen Rußlands Vormarsch nach dem Bosporus zu machen und durch eine deutsche Allianz zu stützen, ist keine neue. Fürst Kaunitz, der österreichische Premierminister, schlug einen solchen Plan Friedrich dem Großen im Jahre 1770 vor. Talleyrand kam auf die gleiche Idee Napoleon gegenüber im Jahre 1805 zurück, indem er vorschlug, Oesterreich für den Verlust Tyrols durch die Donauprovinzen schadlos zu halten. Wieder in's Leben gerufen worden ist neuerdings dieser Plan durch den Fürsten Bismarck und zum Theil verwirklicht durch Oesterreichs Annectirung von Bosnien. Auch mangelt es nicht an Vorwänden für weitere Einmischung. So lange die Bulgaren die Serben an ihren eigenen Grenzen morden, Montenegro und Albanien sich mit gezogenen Schwertern gegenüber stehen, und die Pforte ruhig zusieht, kann Oesterreich mit Recht erklären, daß solche unruhige Nachbarn sein neues Gebiet bedrohen, und daß es Pflicht der Selbsterhaltung sei, dasselbe zu schützen. Inzwischen steuert Rußland eben so entschieden auf das gleiche Ziel zu. Von den beiden Rivalen haben die Russen kraft ihrer Religion und Rasse den stärkeren Anspruch auf die Führerschaft der Slawen, dagegen kann Oesterreich für sich anführen, daß, nachdem es aus Deutschland und aus Italien durch das Geschick des Krieges hinausgetrieben worden ist, der einzige Platz, welcher für es übrig bleibt, an der Donau ist.

Daß irgend einem der bestehenden Staaten die übrigen Mächte erlauben sollten, sich in Constantinopel festzusetzen, ist übrigens kaum anzunehmen, wenn man bedenkt, welchen ungeheuren Vortheil eine derartige Besitzergreifung der betreffenden Macht vor allen anderen geben würde. Es war dieselbe Frage, welche Napoleon's halbgeschlossenes Bündniß mit Rußland im Jahre 1807 trennte. Auch ist es in höchstem Grade ungewiß, ob der Besitz Constantinopel's eine Quelle der Freude für den Besitzer sein würde. „Unser bitterster Feind," sagte kürzlich ein hochstehender Russe, „könnte uns nichts Schlimmeres wünschen, als den Besitz Constantinopel's, welcher sofort die Grundlage zum Zerfall des Kaiserreiches legen würde." Und dieser Schluß erscheint im Licht der Vergangenheit durchaus berechtigt. Die Königin des Bosporus kann niemals etwas Anderes werden, als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, und die weiter sehenden Russen befürworten daher die Bildung eines selbstständigen slawischen Reiches mit der Hauptstadt Constantinopel in der Hoffnung, daß der geheime Einfluß Rußland's das entscheidende Wort in der Stadt am goldenen Horn sprechen werde.

Die natürlichere Lösung der bestehenden Schwierigkeiten würde darin bestehen, Oesterreich sich durch die westlichen Provinzen bis an das Aegäische Meer ausdehnen zu lassen, Bulgarien zu einem unabhängigen Staate zu machen, Rumelien und Constantinopel unter der Herrschaft des Sultans und das ganze Rumänien bei Oesterreich zu belassen und so Rußland an allen Punkten einzudämmen. Aber selbst ein solches Arrangement würde nicht von Dauer sein. Griechenland und Bulgarien würden ihre Ansprüche auf das langersehnte Macedonien wieder erneuern. Die trotzigen Albanesen würden selbst gegen eine nominelle Oberherrschaft Oesterreichs rebelliren. Italien würde in der Gegenwart des Letzteren an der Ostküste des adriatischen Meeres eine beständige Drohung sehen. Die ruhelosen Montenegriner würden an allen Ecken und Enden neue Streitigkeiten vom Zaun brechen. Rußland würde seine panslawistische Propaganda unter den Südslawen erneuern. Kurz und gut, wie verhängnißvoll auch die Existenz der Türkei für Europa gewesen sein mag, ihr Tod verspricht gleich dem Tode Simson's noch zerstörender zu sein, als ihr Leben. (Chicago F. P.)

— Von einem entsetzlichen Schicksale ist in Davenport, Iowa, die Familie Henry Grobmann's, eines Arbeiters in Diensten der C. R. J. & P. Eisenbahngesellschaft betroffen worden. Der dortige „Demokrat" berichtet darüber: „Während der vorigen Woche sind sechs von den sieben Kindern des Herrn Grobmann, die im Alter von 14 bis zu 14 Jahren stehen, von jenen entsetzlichen Kinderkrankheiten, dem Scharlachfieber und der Diphteritis, hinweggerafft worden, und das siebente Kind liegt an denselben Krankheiten schwer darnieder."

—Das Städtchen East-Las Vegas in Colorado wurde am Samstag von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht. Fast die Hälfte des Geschäftstheiles wurde eingeäschert. Ungefähr fünfhundert Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf $200,000 veranschlagt, ist aber fast ganz durch Versicherung gedeckt.

Einer späteren Depesche aus East-Las Vegas zufolge wird der Schaden wahrscheinlich $100,000 nicht übersteigen, und es sollen nicht mehr als zweihundert Personen obdachlos geworden sein. Die niedergebrannten Gebäude waren fast alle klein.

Ausland.

— Von dem unterseeischen Tunnel zwischen Frankreich und England war es lange Zeit still; jetzt bringt plötzlich der soeben erschienene Bericht der Directoren der Südost-Eisenbahn-Gesellschaft zu Paris mit nachstehenden Einzelheiten des Projekt wieder auf die Tagesordnung: „Die von französischen Ingenieuren mit großer Sorgfalt und Mühe gemachten Experimente liefern den Beweis, daß die geologischen Verhältnisse nicht allein bezüglich der Petition sondern auch der Dichtigkeit der Schicht auf beiden Seiten des Canals völlig gleich sind. Die in England als „alter grauer Kalk" und in Frankreich als „Craie de Rouen" bekannte Schicht ist wasserdicht und zeigt keine Risse. Dies sind die maßgebenden Thatsachen in dieser interessanten Frage; denn falls ein Tunnel ohne Auspumpen oder Auszimmern von einer Seite des Canals nach der andern durch den grauen Kalk gebohrt werden kann, so wird ein scheinbar gefährliches und fast hoffnungsloses Unternehmen zu einer Angelegenheit genauer Berechnung. Da die Untersuchungen der französischen Ingenieure die von unserer Gesellschaft unternommenen Untersuchungen bestätigen — nämlich, daß der zukünftige Canal vom Ende der grauen Kalkschicht an der südöstlichen Linie zwischen Folkestone und Dover (und nicht von der St. Margueritte's Bay nach dem Osten von Dover, wo die graue Kalkschicht nicht ausläuft) führen muß, — so haben die Directoren der Gesellschaft es für angemessen erachtet, Vorkehrungen für eine Reihe von Experimenten zu treffen, welche soweit günstige Resultate lieferten."

— Erdstöße haben sich während der letzten Wochen wiederholt in verschiedenen Orten Süddeutschlands und der Schweiz bemerkbar gemacht.

Neue Anzeigen.

Administrators Anzeige. — Nachlaß des verstorbenen Dr. Carl August Ludwig, letzthin von Scranton, Pa.

Sintemal die Unterzeichnete als Administratorin der vorbesagten Hinterlassenschaft angestellt worden ist, so wird hiermit Nachricht an alle Diejenigen gegeben, welche noch in irgend einer Art und Weise derselben schulden daß sie hiermit aufgefordert sind, baldmöglichst vorzusprechen und abzuzahlen; und solche, die noch rechtmäßige Forderungen haben, wollen dieselben wohlbeglaubigt einreichen, damit Richtigkeit gemacht werden kann.

Emma Ludwig,
Administratorin.
23j6w

Versiegelte Angebote zur Lieferung von Kohlen für die verschiedenen Schulen der Stadt Scranton werden von dem Unterzeichneten bis zum 27. Sept. 1880, 6 Uhr Abends, angenommen, und sind dieselben in den nachbenannten Wards wie folgt abzuliefern:

Erstes Angebot—1., 2., 3., 13 Wards.
Zweites Angebot—4., 5., 6., 14., 15., 18., 21. Wards.
Drittes Angebot—7., 8., 9., 10., 11., 12., 16., 17., 19., 20. Wards.

Im Auftrag der Controllbehörde,
A. Weinschenk,
Vorsitzer des Bau-Comites.

J. Briegel,
Engros- und Detail-Händler in
Farben, Oelen, Firniß,
Glas, Kitt, Fensterbürsten, ꝛc.,
315 Sprucestraße, Scranton, Pa.
Fertig zum Gebrauch gemischte Farben immer vorräthig.

George Schulz's
allgemeiner
Familien-Store,
Petersburg, 10